

6. Sitzung der BfR-Kommission: Risikoforschung und -wahrnehmung

Protokoll vom 8. November 2013

Die BfR-Kommission „Risikoforschung und -wahrnehmung“ berät das BfR bei seiner Methodenauswahl zur Ermittlung des Informationsstandes, der Informationsbedürfnisse sowie der subjektiven Risikowahrnehmung im Themengebiet gesundheitlicher Verbraucherschutz bei Lebens- und Futtermitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika. Des Weiteren unterstützt die Kommission die Durchführung und Evaluierung von zielgruppenspezifischen Kommunikationsprogrammen und die Etablierung von Risikofrüherkennungsmaßnahmen.

Am 8. November 2013 kamen die Mitglieder dieser BfR-Kommission zu ihrer sechsten Sitzung zusammen. Neben den aktuellen Berichten der Mitglieder und der Vorstellung von BfR-Projekten standen Methoden zur Gruppensegmentierung und die Krisenkommunikation im Zentrum der Sitzung. Da es sich um die letzte Sitzung der Berufungsperiode 2011 bis 2013 handelte, erfolgte eine Rückschau und Bilanzierung bzgl. der Arbeit der Kommission in dieser Zeit.

1 Bestätigung des Protokolls und der Tagesordnung

Das Protokoll der Sitzung vom 5. Juli 2013 wurde den Mitgliedern der Kommission zur Kommentierung und Abstimmung vorgelegt. Es wurden keine Änderungen vorgeschlagen.

Die vorgeschlagene Tagesordnung der Sitzung wurde angenommen. Da jedoch einige Mitglieder die Sitzung früher verlassen mussten, wurde der letzte Tagesordnungspunkt „Rückschau der Kommissionssitzungen 2011 bis 2013 und zukünftige Projektvorhaben“ vorgezogen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die Berufungsperiode der BfR-Kommissionen von drei auf vier Jahre verlängert hat und die nächste Berufungsperiode somit von 2014 bis 2017 dauern wird.

2 Abfrage zu Interessenkonflikten

Nach Auskunft der teilnehmenden Kommissionsmitglieder liegen keine Interessenkonflikte in Bezug auf die in der Sitzung behandelten Themen vor.

3 Berichte von der Kommission zu aktuellen Aktivitäten im Bereich Risikokommunikation & Risikowahrnehmung

Herr Prof. Ruhrmann berichtete, dass an seinem Lehrstuhl „Grundlagen der medialen Kommunikation und der Medienwirkung“ derzeit eine umfangreiche Stichprobe aus Wissenschaftsjournalisten für regelmäßige Befragungen aufgebaut wird. Vor dem Hintergrund einer zu beobachtenden nachlassenden Qualität des Wissenschaftsjournalismus werden eine Reihe von ihm zu haltender (Lehr)vorträge in Zukunft unter dem Motto: „Wie können Journalisten wissenschaftliche Qualität entdecken“ stehen. Insbesondere wies Herr Prof. Ruhrmann darauf hin, dass ein mangelndes Verständnis wissenschaftlicher Prozesse beobachtet werden könnte und die Risiko-Chancen-Dichotomie mit einer positiv-negativ-Unterscheidung gleichgesetzt wird.

Frau Prof. Fischer wies auf den Schweizer Risikosurvey 2013 hin. Dabei handelt es sich um eine Studie zur Untersuchung von Risikowahrnehmung und -verhalten der Schweizer Bevölkerung, die gemeinsam vom Schweizer Radio und Fernsehen (SRF; siehe www.srf.ch/risiko) und der Professur für Soziologie an der ETH Zürich durchgeführt wurde. Es handelte sich um eine telefonische Umfrage bei 2118 Personen aus allen Landesteilen der Schweiz. Entsprechend wurde die Befragung auf Deutsch, Französisch und Italienisch durchgeführt. Anders als in Deutschland ließ sich in der Schweiz beobachten, dass der Unfall von Fukushima im Jahr 2011 keinen Einfluss auf die Wahrnehmung der Atomenergie gehabt hat. Den Betreibern von Atomkraftwerken (AKW) wird vertraut, was auf intensive Risikokommunikation und offensive Öffentlichkeitsarbeit zurückgeführt werden kann. Ein weiterer Aspekt könnte die Endlagerdebatte sein, die in der Schweiz sehr transparent geführt wird. Insgesamt kann dies auch darauf zurückgeführt werden, dass das Vertrauen in politische Prozesse in der Schweiz möglicherweise größer ist als in Deutschland.

Inhaltlich daran anschließend berichtete Frau Dr. Gabbert über ein Projekt in dem es um sozioökonomische Aspekte der Risikowahrnehmung im Zusammenhang mit dem Endlager Asse 2 geht. In dem Projekt wird ein sozioökonomischer Vergleich der drei möglichen Strategien zum Umgang mit der Asse durchgeführt. Hier hat sich gezeigt, dass von den drei Strategien Betonverfüllung des Stollens, Hochholung der gelagerten Fässer oder Umlagerung der Fässer in einen anderen Salzstock, die Vollverfüllung unter sozioökonomischen Gesichtspunkten die rationale Strategie wäre. In einem weiteren Projekt werden SVHC-Stoffe (Substances of very high concern – besonders Besorgniserregende Stoffe) sozioökonomisch bewertet. So werden derzeit persistente Stoffe genauso wie andere, nicht persistente Stoffe behandelt. Die Gefahrenlage ist aber strukturell anders als bei nicht persistenten Stoffen; es handelt sich z.B. um ein intergenerationales und nicht „nur“ innergenerationales Problem. Das Projekt zielt darauf ab, die Persistenz in die sozioökonomische Bewertung im Rahmen der Autorisierungsstrategie der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) unter der EU-Chemikalienverordnung REACH (**R**egistration, **E**valuation, **A**uthorisation and **R**estriction of **C**hemicals) einzubringen. Es sollte dann nicht darum gehen, ob überhaupt autorisiert wird, sondern darum, für wie lange ein solcher Stoff zugelassen wird.

Herr Prof. Frick berichtete von einer spielerischen Annäherung an die Vermittlung von Risiken im Rahmen einer Lehrveranstaltung, in welcher die Studierenden das Computerspiel Pandemics (<http://pandemic3.com/>) spielten. Diese „Game-ification“ der Risikoproblematik könnte sich zu einem möglichen zusätzlichen Instrument der Risikokommunikation entwickeln.

Herr Dr. Böschen wies auf eine bevorstehende Buchveröffentlichung zu dem Thema Erzählung und Geltung hin. In dem Buch wird die Rolle von Erzählstrukturen bei der Wissensvermittlung untersucht und analysiert, wo Frontstellungen zwischen den im Konflikt stehenden Narrativen in der Diskussionslandschaft verlaufen. Daneben wurde ein weiteres Projekt erwähnt („Argulab“), das auf die Visualisierung von Risikodebatten abzielt und untersucht, wie die Wissensmodelle entstehen.

Herr Prof. Renn berichtete über ein Simulationsspiel zu Smart Grid (intelligente Stromnetze) im Science Mobil, das dazu dient zu beobachten, unter welchen Bedingungen es zu kooperativem Handeln kommt. Für Dezember 2013 kündigte er zwei Neuerscheinungen an, „Risk Society Revisited“ (Hrsg. Eugene A. Rosa, Ortwin Renn and Aaron M. McCright) und „Das Risikoparadox: Warum wir uns vor dem Falschen fürchten“ (Autor: Ortwin Renn).

4 Statusberichte zu den BfR-Projekten

Von Seiten des BfR wurden mit „Nanopinion“ und „ZooGlow“ zwei aktuelle Projekte sowie das Risikoprofil als neues Instrument der Risikokommunikation vorgestellt. Schließlich wurde ein aktueller Überblick über Risikothemen in den Medien gegeben.

Nanopinion (Monitoring public opinion on Nanotechnology in Europe)

Bei Nanopinion handelt es sich um ein EU-Projekt, das auf die Information und die Anregung einer öffentlichen Diskussion über Nanotechnologien in der europäischen Allgemeinbevölkerung zielt. Beteiligt sind 17 Partner aus 11 Ländern. Das Projekt hat eine Laufzeit von 30 Monaten (05/2012-10/2014). Im Rahmen des Projekts soll ein gesellschaftlicher Dialog über Nanotechnologie angestoßen werden, wobei im Vorfeld das Wissen, sowie Einstellungen und Meinungen zur Nanotechnologie in der europäischen Allgemeinbevölkerung ermittelt wurden. Der Dialog mit Bildungseinrichtungen (insbesondere Schulen) soll verstärkt werden, sowie eine onlinebasierte Informations- und Diskussionsplattform zum Thema Nanotechnologie eingerichtet werden. Schließlich sollen Handlungsempfehlungen hinsichtlich der Kommunikation über Nanotechnologie mit der Öffentlichkeit für politische Entscheidungsträger formuliert werden. Das Projekt zielt auf die Allgemeinbevölkerung, wobei schwer zu erreichende Zielgruppen, Schüler, Lehrer und Verbraucher besonders im Fokus stehen. Zur Erreichung dieser Zielgruppen wurden verschiedene Veranstaltungsformate konzipiert und durchgeführt. So informiert eine sogenannte Monitoring Station in Einkaufszentren, auf öffentlichen Plätzen, Musikfestivals und Straßenfesten über das Thema Nanotechnologie. Diese Monitoring Station kann optional durch ein Streetlab ergänzt werden, eine informelle Lernumgebung in der unter Mitwirkung von Wissenschaftlern und Künstlern Wissen über Nanotechnologie an die Gruppe der „schwer Erreichbaren“ vermittelt werden soll. Schließlich werden auch Lehrerworkshops (Vor-Ort- und Online) durchgeführt, um diese mit extra entwickelten Lernmaterialien vertraut zu machen (z.B. Experimenten, Lernmodule, Diskussionsspiel).

Diskussion

In der Diskussion wurde die in dem Projekt verwendete Definition von Nanotechnologie hinterfragt. Der Begriff könnte für die Allgemeinbevölkerung unklar sein; auch unter Wissenschaftlern existiert keine einheitliche Definition. Im Hinblick auf die Risikowahrnehmung und die Risikokommunikation wurde darauf hingewiesen, dass es zu einem Konflikt zwischen der Bewusstmachung für die Nanotechnologie und der Erzeugung von Angst vor der Nanotechnologie kommen könnte. Dieser paradoxe Effekt der Risikokommunikation kann vor allem dann eintreten, wenn wie im Fall der Nanotechnologie, bislang keine hohe Risikowahrnehmung besteht.

ZooGlow (Zoonosen und Lebensmittelsicherheit entlang globaler Warenketten)

Das Projekt ZooGlow ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Verbundprojekt zur Identifizierung des Bedrohungspotentials und der Risikowahrnehmung im Hinblick auf Zoonoseerreger in der Lebensmittelkette mit einer Laufzeit von 3 Jahren. In dem Projekt soll die aktuelle Bedrohung durch Zoonosen identifiziert, die bestehende Rechtslage evaluiert und aktuelle Test- und Überwachungskonzepte beurteilt werden. Auf dieser Grundlage sollen schließlich innovative Interventions- und Risikokommunikationsstrategien entwickelt werden. Hintergrund des Projekts ist die gestiegene Gefährdungslage durch Zoonosen aufgrund der Globalisierung von Lebensmittelproduktion und -handel, Migration, zunehmendem Tourismus und steigendem Fleischkonsum. Aus Sicht der Risikokommunikation sollen Verbrauchergruppen mit besonders großem Risiko, infiziertes Fleisch nach Deutschland zu importieren, identifiziert werden. Diese Gruppen sollen dann im Hinblick auf Soziodemographie, Mediennutzung, Wissen, Wahrnehmung und Verhalten untersucht wer-

den. Das Ergebnis dieser Analyse stellt dann die Grundlage für die Entwicklung gezielter Kommunikationsstrategien und -instrumente (Kommunikationsprototypen) dar. Das Ziel soll schließlich die Erhöhung des Risikobewusstseins für Zoonosen sowie, damit verbunden, der Einfluss auf das Risikoverhalten der identifizierten Zielgruppen sein.

Diskussion

Im Zentrum der Diskussion stand die Relevanz der Risikoquelle „Privatpersonen“ für das Einbringen/Einschleppen von Lebensmitteln, die Zoonoseerreger tragen könnten. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass auch der Einzelhandel eine Eintragsquelle darstellen könnte und daher in dem Projekt zu berücksichtigen sei. Es wurde auch vorgeschlagen, die im Projekt vorgesehene Evaluation der zu erstellenden Prototypen nach einem Zeitraum von mehreren Wochen zu wiederholen, um so stabilere Ergebnisse zu erhalten.

Risikoprofil

Das BfR-Risikoprofil wurde als neues Instrument der zielgruppenspezifischen Risikokommunikation vorgestellt, das seit April 2013 die Stellungnahmen des BfR ergänzt. Es wurde vom BfR in verschiedenen internen und externen Testphasen zusammen mit Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen entwickelt. Mithilfe des Risikoprofils sollen der Sachverhalt und die zentralen Merkmale des in der BfR-Stellungnahme bewerteten Risikos schnell erkannt werden. Das BfR-Risikoprofil ist eine Grafik, die als Tabelle aufgebaut ist. Sie enthält die folgenden Merkmale: Betroffene Personengruppen, die Wahrscheinlichkeit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung bei Exposition, deren Schwere, die Aussagekraft der vorliegenden Daten und die Möglichkeit für Verbraucher, das Risiko - beispielsweise durch Verzicht oder sorgsamem Umgang - zu kontrollieren. Entwickelt wurde das BfR-Risikoprofil neben der Auswertung der entsprechenden Literatur auf Grundlage standardisierter Interviews mit Autorinnen und Autoren von BfR-Stellungnahmen aus fünf Abteilungen (Mai-Juni 2009). Anschließend wurde eine experimentelle Online-Erhebung unter den Wissenschaftlern des BfR zur Überarbeitung des Indikators „Wahrscheinlichkeit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung“ durchgeführt. Zu dem überarbeiteten Profil wurden nochmals standardisierte Interviews mit Autorinnen und Autoren von BfR-Stellungnahmen durchgeführt. Im Frühjahr 2011 wurde eine Testphase mit der BfR-Abteilung "Lebensmittelsicherheit" zur Nutzung des überarbeiteten Risikoprofils und einer neuen Variante durchgeführt. Im Spätsommer 2011 wurde eine externe Evaluation mit Vertretern von Ministerien, Behörden und der Wissenschaft durchgeführt. Nach weiteren Anpassungen wurde das BfR-Risikoprofil im April 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem werden die BfR-Stellungnahmen neben dem grauen Kasten auch mit einem BfR-Risikoprofil versehen.

Diskussion

In der Diskussion wurde in Frage gestellt, ob sich der eher alltagssprachlich verwendete Wahrscheinlichkeitsbegriff mit dem im Risikoprofil verwendeten, wissenschaftlich informierten Wahrscheinlichkeitsbegriff deckt. Daher wurde die Befürchtung geäußert, dass der mathematische Wahrscheinlichkeitsbegriff mit einem Alltagsbegriff gemischt wird und dies zu Missverständnissen führen könnte. Insofern wurde die gleichzeitige Verwendung des Wahrscheinlichkeitsbegriffs und der Alltagsbegriffe (z.B. „möglich“) in der Kommunikation hinterfragt. Nicht nur würde der Begriff sehr unterschiedlich interpretiert, sondern er könne auch in Abhängigkeit von der jeweiligen Schadensschwere unterschiedliche Bedeutungen haben (z.B. wird Husten als Nebenwirkung mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 deutlich anders eingeschätzt als eine Veränderung im Blutbild). Die Vermittlung der Wahrscheinlichkeit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung könnte durch eine unidimensionale Darstellung der Abstufungen verbessert werden. Es wurde eine Ordinalskala mit den Stufen 1-5 empfohlen,

die allgemein verständlicher sei. Schließlich wurde festgehalten, dass das Risikoprofil zugleich fortlaufend evaluiert und weiterentwickelt wird. Im Rahmen dieser Weiterentwicklung werden auch die hier vorgebrachten Anregungen berücksichtigt.

Presseschau

Anschließend wurden aktuelle Risikothemen des BfR in den Medien vorgestellt, wobei Pyrrolizidinalkaloide in Tees sowie Glyphosat im Zentrum standen. Pyrrolizidinalkaloide (PA) sind sekundäre Pflanzeninhaltsstoffe, die in einer Vielzahl weltweit vorkommender Pflanzenarten zu finden sind und zum Schutz vor Fraßfeinden gebildet werden. Im Rahmen eines BfR-Forschungsprojektes zum Thema „Bestimmung von Pyrrolizidinalkaloiden in Lebens- und Futtermitteln“ wurden als erste Ergebnisse der nicht repräsentativen Untersuchungen PA-Summengehalte in den untersuchten Kräutertee- und Teeproben von 0 bis 3,4 Milligramm pro Kilogramm Trockenprodukt ermittelt. Das BfR hat diese Ergebnisse kommuniziert und darauf hingewiesen, dass sich einige der nachweisbaren Pyrrolizidinalkaloide im Tierversuch als genotoxische Kanzerogene erwiesen haben, diese Gehalte zu hoch sind und möglichst gesenkt werden sollten. Bei der Kommunikation der Ergebnisse wurde auch das Risikoprofil eingesetzt. Zur Illustration der Berichterstattung über die PA Funde wurde ein WDR-Beitrag gezeigt, in dem in alarmistischer Weise über die Vorkommnisse berichtet wurde.

Das zweite Beispiel aus der Medienarbeit des BfR war Glyphosat, weltweit einer der am meisten eingesetzten Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln, dessen Einsatz aber seit längerem insbesondere von Nichtregierungsorganisationen kritisiert wird. Im Sommer 2013 stellte die Fraktion der Grünen im Bundestag eine kleine Anfrage zu dem Thema. Im Herbst 2013 veröffentlichte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ein Video gegen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, das sich in drastischer Weise gegen deren Einsatz wendet. (Nachtrag: das Video wurde am 8.11.2013 vom BUND zurückgezogen, da die dadurch ausgelöste öffentliche Kontroverse nach Aussage des BUND zu stark von der eigentlichen Problematik abgelenkt hätte). Im Rahmen der EU-Wirkstoffprüfung ist das BfR in seinem Teilbericht zu der Bewertung gekommen, dass Glyphosat in zahlreichen standardisierten Tests keine erbgutverändernden Eigenschaften zeigte. Langzeitstudien an Ratten und Mäusen ergaben keine Anhaltspunkte für eine krebserzeugende Wirkung von Glyphosat. Studien an Ratten und Kaninchen ergaben, dass Glyphosat nicht als reproduktionstoxisch oder entwicklungstoxisch einzustufen ist.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion ging es im Hinblick auf PA in Tees vorrangig um die Frage des Zeitpunkts der Veröffentlichung der Ergebnisse. Hier sollte künftig noch stärker über eine systematische Herleitung eines Zeitpunkts für die Kommunikation nachgedacht werden. Überraschende Ergebnisse müssten für sich allein genommen nicht zur Überraschung der Bevölkerung und nicht auch automatisch zu Kommunikation führen. So waren die Gehalte von PA zwar überraschend hoch, allerdings waren diese bislang noch nicht systematisch erhoben worden. Insofern könnte es sich also auch um eine „normale“ Belastung handeln, mit der man schon eine sehr lange Zeit lebt. In einem solchen Fall sollte abgewogen werden, wie dringlich die Kommunikation eines solchen Resultats sei. Dem entgegen steht allerdings der gesetzliche Auftrag des BfR, Ergebnisse, die auf ein gesundheitliches Risiko hinweisen, zu kommunizieren. Allgemein wurde darauf verwiesen, dass, wenn möglich, Angaben dazu gemacht werden, wie viele von 100.000 Personen, die Tee trinken, erkranken. Bei unsicheren Daten sollte trotzdem eine grobe Schätzung der Wissenschaftler angegeben werden. Im Fall von Glyphosat wurde eine alarmistische Berichterstattung beobachtet, der kaum entgegen getreten werden kann. Wenn zum Beispiel die Betroffenheit von Kindern angeführt wird (wie bei dem Beispiel der ZDF Reportage zu angeblich durch Glyphosat geschädigten Kinder

südamerikanischer Bauern), sollte mit Empathie für Kinder reagiert werden, ohne pathetisch zu werden. Insgesamt sollte vor jeder Veröffentlichung geprüft werden, was das strategische Kommunikationsziel ist.

5 Methoden zur Gruppensegmentierung – ein Vergleich von Clusteranalysen, Latent-Class- / Latent-Profile-Analysen und Classification & Regression Trees (CART) (Vortrag Prof. Dr. Ulrich Frick)

Herr Prof. Frick gab in seinem Vortrag einen Überblick über verschiedene Methoden zur Gruppensegmentierung. Gruppensegmentierungen werden durchgeführt zur Komplexitätsreduktion (z.B. zur zielgruppenspezifischen Risikokommunikation), zur Hypothesengenerierung (z.B. Verbindung bestimmter Merkmalskombinationen mit spezifischen Risikowahrnehmungen) und zur Hypothesentestung (z.B. sind Cluster bedeutsame Varianzquellen für Wahrnehmung, Verhalten?). Vorgestellt wurden verschiedene statistische Verfahren zur Gruppensegmentierung einer Stichprobe. Angefangen bei Verfahren der rein deskriptiven Klassifikation (Clusteranalyse, Latent Class / Latent Profile Analysen) über erklärende (mittels Regression: CART und Latent Class Mixture Models) bis hin zur Kombination aus beiden (Rasch Trees, Rasch Mixture Models). Clusteranalysen nehmen eine manifeste Einteilung in Gruppen vor, ihr Ausgangspunkt sind Ähnlichkeitsmatrizes. Es gibt hierarchische und nicht hierarchische Cluster-Analysen. Latent Class/Latent Profile Analysen (LCA) haben der Clusteranalyse voraus, den identifizierten Gruppen latente Typisierungen zuordnen zu können. Hier werden allerdings hohe Fallzahlen benötigt. Ein Beispiel für eine LCA ist zu finden in Frick et al (2012): „A questionnaire on treatment satisfaction and disease specific knowledge among patients with acute coronary syndrome. II: Insights for patient education and quality improvement.“ CART (Classification and Regression Trees) bedient sich Regressionsanalysen und kann daher Gruppen nicht nur einteilen, sondern erklärende Information über die Gruppenzuordnungen durch Entscheidungsbäume liefern. Die komplexesten und informationsreichsten Verfahren sind Rasch Trees (manifeste Variablen) und Rasch Mixture Models (bei latenter AV und UV möglich). Sie beruhen auf dem Rasch-Modell und könnten auch ohne vorherige unidimensionale Itemkonstruktion auf einen Datensatz angewendet werden.

Diskussion:

Es wurden die Voraussetzungen für die Geltung des Rasch-Modells und damit die Anwendung der Rasch Trees diskutiert. So sei im Rahmen von Umfragen eine unidimensionale Itemkonstruktion nicht notwendig, da man die Rasch Trees auch im Nachhinein über Datensätze laufen lassen und dann feststellen könne, ob die Daten rasch-skaliert sind. Eine Rasch-Skalierung der Daten aus den zurückliegenden BfR-Befragungen sei allerdings fraglich. Die Anwendung der Rasch-Modelle bei Vorhaben des BfR könnte problematisch sein, da diese Modelle zum einen kostspielig sein könnten und zum anderen bei den Dienstleistern noch nicht sehr geläufig sind.

6 Rückschau der Kommissionssitzungen 2011 bis 2013 und zukünftige Projektvorhaben

In der Diskussion der zurückliegenden Beruungsperiode 2011-2013 wurden positive und kritische Aspekte thematisiert, wie auch Vorschläge für die nächste Beruungsperiode formuliert. Zunächst wurde die interdisziplinäre Zusammensetzung der Kommission äußerst positiv bewertet, die dazu beigetragen habe, dass die behandelten Themen umfassend und im Hinblick auf verschiedene Aspekte beleuchtet wurden. Die Kommission habe sich durchweg mit aktuellen Themen befasst. Um diesen Aspekt künftig noch stärker zu betonen, könnte die Kommission, so ein Vorschlag, auch als Delphi genutzt werden. Insgesamt sollten die Mitglieder der Kommission künftig intensiver in einzelne Projekte einbezogen werden, um stärkere Synergien zu erzeugen und die vorhandene Expertise noch optimaler zu nutzen.

So könnten Projekte bereits in einem frühen Stadium vorgestellt und diskutiert werden. Hier wurde auch der Vorschlag unterbreitet, Projektpatenschaften einzuführen, bei denen ein Kommissionsmitglied stärker in ein bestimmtes Projekt einbezogen wird. Durch die stärkere Einbindung wäre auch eine noch bessere Qualitätskontrolle der vom BfR vergebenen Projekte möglich. Schließlich könnten die Themen künftig über mehrere Sitzungen behandelt werden, so dass neben der Diskussion aktueller Themen und Projekte auch stärker strategisch ausgerichtete Fragestellungen behandelt werden könnten. Für die nächste Berufsperiode wurde auch festgehalten, dass die Aufgaben, Funktionen und Erwartungen der Kommission umfassender beschrieben werden und regelmäßig auf den Sitzungen thematisiert werden sollen.

7 Krisenkommunikation: Übersicht zur LÜKEX 2013 und Kurzbeiträge von den Kommissionsmitgliedern zur Krisenkommunikation bei einer Kontamination von Lebensmitteln

Die aktuelle LÜKEX 2013 (Nationale Bund-Länder-Krisenübung am 27./28.11.) zum Thema „Außergewöhnliche biologische Bedrohungslagen“ wurde vorgestellt. Besondere Merkmale der Situation waren ungewöhnliche Agenzien, unspezifische Symptome, „explodierende“ Patientenzahlen und beschränkte Kapazitäten im Gesundheitssektor. LÜKEX steht für „Länder **Ü**bergreifende **K**risenmanagement-**Ü**bung/**EX**ercise“ und ist eine strategische Krisenmanagement-Übung. Die Federführung hat das Bundesministerium des Innern (BMI) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Im Rahmen von LÜKEX findet eine ressort-, länder-, behörden- und bereichsübergreifende Vernetzung statt. Die Krisenmanagementstruktur besteht aus den Krisenstäben des BMI, des BMG, des BMELV, den Krisenstäben der Landesministerien, dem Krisenrat, dem Krisenstab sowie der Taskforce. Des Weiteren wird unterschieden zwischen den Intensiv-Übungsländern und den übenden Ländern. Auf der Ebene des Bundes sind das Bundesministerium des Innern (BMI), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Bundesministerium der Finanzen (BMF), und das Auswärtige Amt (AA) eingebunden. Daneben nehmen das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), das Robert Koch-Institut (RKI) und Sicherheitsbehörden als Fachbehörden teil. Des Weiteren sind Hersteller, Handel, Caterer, Giftinformationszentren, das Deutsche Rote Kreuz und andere eingebunden. Das Ziel der Übung ist die Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit öffentlicher und privater Institutionen, die Optimierung übergreifender Abstimmungs-, Entscheidungs- und Koordinierungsprozesse in Organisationen des öffentlichen und privaten Sektors sowie die Einübung abgestimmter übergreifender Medien- und Öffentlichkeitsarbeit unter Berücksichtigung psychosozialer Aspekte des Krisenmanagements. Der Gesamtübungszyklus erstreckt sich über zwei Jahre und umfasst die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Übung. Dieser Gesamtübungszyklus wird zudem von einschlägigen Themenworkshops und Forschungsprojekten begleitet.

Diskussion:

In der Diskussion wurde die Frage nach den Kriterien für die Auswahl der Themen für die Krisenübungen gestellt. Auch sollte künftig berücksichtigt werden, dass es bei der Kommunikation zu sozialen Wechselwirkungen kommt und somit das Shannon-Weaver-Modell der Kommunikationsübertragung obsolet ist. Auch wenn Informationen gesendet werden, bedeutet dies nicht, dass diese ankommen bzw. verstanden werden. Daneben wurde auch die Veränderung von Risikokommunikation durch soziale Medien thematisiert (z.B. die Effekte

durch die schnellere Verbreitung von Information, das Fehlen von Gatekeepern) sowie die Frage, was dies für die Kommunikation in einer Krise bedeutet.

Der nächste Sitzungstermin wird nach Neuberufung/Neueinrichtung der Kommission abgestimmt.